

ab

PROTOKOLLAUSSENPOLITISCHER AUSSCHUSS

Fünfte Sitzung

Zeit: 14. September 1960, 16,00 UhrOrt: Bundesparteileitung der ÖVP, Wien I.,
Kärntnerstrasse 51Anwesend:

Min.a.D.Ges. HORNBOSTEL (Vorsitz)

Bundesminister Dr. BOCK
Staatssekretär GRUBHOFER
Staatssekretär Prof.Dr. GSCHNITZER
Nationalrat a.D. Dr. KRANZLMAYR
Bundesrat RÖMERKommerzialrat MOSER
Dr. RIHA
Generalsekretär Dr. ZIMMER-LEHMANNDr. TOROVSKY
Dkfm.Dr. WOLF
Red.Dr. WEIGEND-ABENDROTHBundesminister GRAF (als Gastreferent)
Staatssekr.a.D.NR.Dr. WITHALM
Gen.Sekr.Stv.Bundesrat SCHEIDLEntschuldigt:Nationalratspräs.Ing. FIGL
Landeshauptmann KRAINER
Nationalrat MACHUNZE
Nationalrat Dr. MALETA
Konsul MAUTNER MARKHOF
Nationalrat a.D.Landesrat Dr. OBERHAMMER
Nationalrat STÜRGGH
Nationalrat Dr. TONCIC
Botschafter a.D. VOLLGRUBER
Nationalrat Dr. WEISS

HORNBOSTEL eröffnet und bezeichnet die Frage der Beteiligung an der UNO-Aktion im Kongo als vordringlich aktuelles Diskussionsthema.

GRAF (erscheint zu einem Situationsreferat): Die UNO hat von Österreich zunächst zwei Einheiten für Zwecke der Hygiene (Veterinäre) und der Feldpost, einige Wochen später ein komplettes Feldlazarett angefordert. Im Generalplan des schwedischen Oberkommandanten sind diese Einheiten bereits als zu erwartender Beitrag enthalten. Interessanterweise wurde auch an Polen, als einzigen Ostblockstaat, ein ähnliches Ansuchen um Hilfsverbände gestellt, die ebenfalls nicht aus der kämpfenden Truppe angefordert werden sollen. Als Begründung dafür wurde Graf versichert, dass man dadurch dem moralischen Zwang entgehen wollte, unter Umständen auch tschechische oder ungarische kämpfende Truppen eingliedern zu müssen. Die Öffentlichkeitsdiskussion dieser Frage ist durch ein Interview von Staatssekretär Rösch in der "Wochen-Presse" ausgelöst worden. Beamtenbesprechungen der zuständigen Ressorts haben bereits stattgefunden, ohne ein Ergebnis über den Modus eines solchen Beitrages zu erzielen. Graf setzt sich dezidiert für eine grundsätzlich positive Beantwortung der UNO-Anforderung ein, hält aber eine Rekrutierung auf freiwilliger Basis für zweckmässig. Für alle Fälle muss eine militärische Oberverantwortung seitens des Verteidigungsministeriums klargestellt werden, was auch eine notwendige Bewaffnung dieser Kräfte zur Folge hat. Selbst die Schweiz und Finnland beteiligen sich an der Aktion, in beiden Fällen mit echten militärischen Einheiten. Das Wehrgesetz sieht einen solchen Einsatzfall zwar nicht vor, steht ihm aber grundsätzlich nicht entgegen. Regierung und Parlament sollen die entsprechenden gesetzlichen Regelungen für die Entsendung eines solchen Expeditionskurses offen einleiten. Die Entsendung eines Vorkommandos nach Leopoldville ist dringend, um die konkreten personellen und sachlichen Wünsche zu erfahren.

BOCK gibt bekannt, dass er in der bevorstehenden Sitzung des von der Regierung eingesetzten Ministerkomitees im Sinne seines Ressorts formelle Bedenken erheben wird, die handelspolitischer Natur sind. Nach Meinung verschiedener Wirtschaftskreise, die über Afrikaerfahrung

verfügen, könnte eine Beteiligung Österreichs an einer solchen Aktion dem ausgezeichneten Ruf unseres Landes als Nichtkolonialmacht in Afrika schaden. Dennoch anerkennt auch Bock in der Abwägung der Vorteile und Nachteile den moralischen Vorrang der UNO-Anforderung an. Österreich wird vielleicht einmal selbst eine Hilfe der UNO benötigen.

GRAF setzt sich mit Nachdruck für den UNO-Beitrag ein und verweist darauf, dass jede Niederlage der UNO in Afrika einen Sieg Moskaus bedeutet. Die westlichen Verteidigungsminister, mit denen er in der letzten Zeit konferierte, halten einen österreichischen Beitrag für selbstverständlich. Auch im Interesse der weltpolitischen Position unseres Landes, die ja letzten Endes durch die Macht des von Amerika geführten Westens allein gesichert ist, erscheint der Beitrag unerlässlich.

WITHALM hält einen positiven Regierungsbeschluss für selbstverständlich und verliest einen Brief des im Auslande weilenden NR.Toncic an den Ausschuss, der sich ebenfalls energisch für einen entsprechenden UNO-Beitrag einsetzt (siehe Beilage).

BOCK gibt zu bedenken, dass die Form eines solchen Beitrages einen möglichst humanitären und helfenden Charakter haben soll und dass jeder militärische Anstrich zu vermeiden wäre.

GRAF gibt zu, dass dies im Rahmen des optisch möglichen geschehen soll, dass aber ein Minimum an militärischer Oberleitung unerlässlich ist.

ZIMMER-LEHMANN setzt sich vom innenpolitischen Standpunkt aus lebhaft für einen Beitrag ein, der auch auf die Angehörigen des Bundesheeres selbst eine bestimmte moralische Wirkung haben dürfte.

RIHA erkundigt sich nach der Aufbringung der Kosten für die Aktion.

GRAF gibt bekannt, dass die Kosten auf alle UNO-Mitglieder perzentuell verteilt werden und dass ein aktiv beteiligtes Land den entsprechenden Kostenanteil auf seinen laufenden UNO-Beitrag verrechnen kann. Als Leiter der Expedition ist der sprachkundige und

afrikaerfahrene Major Karger aus Salzburg vorgesehen. Über den Erfolg der Freiwilligmeldungen äussert sich Graf optimistisch; ganz allgemein wird ein positiver moralischer Eindruck des österreichischen Kontingents erwartet, wie ja das Bundesheer im Ausland schon bei der Soldatenwallfahrt nach Lourdes einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen hat. Die Mitreise eines Beamten des Aussenministeriums bei der Expedition wäre aus politischen Gründen zu empfehlen

.....

RÖMER verliest einen in der "Tageszeitung" als fremde Pressestimme veröffentlichten Angriff einer jüdischen Auslandszeitung gegen Österreich, das des fortgesetzten Diebstahls an jüdischem Eigentum bezichtigt und mit einem Schakal verglichen wird. Fragt an, ob der Ausschuss nicht auf den Aussenminister wegen einer entsprechend scharfen Erwiderung einwirken soll.

GSCHNITZER gibt bekannt, dass vor allen Dingen in Kreisen der amerikanischen Juden Erbitterung über die noch nicht erfolgte Freigabe von 6 Millionen Dollar Entschädigung herrscht. Der österreichischen UNO-Delegation wurde sogar mit Demonstrationen bei der Ankunft in New York gedroht.

WITHALM verweist darauf, dass die Freigabe noch nicht erfolgen konnte, weil der SPÖ-Abgeordnete Mark sie mit der 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, die Leistungen an inländische Juden betrifft, gekoppelt hat. Im letzten Koalitionsausschuss verwies Aussenminister Kreisky auf die dringende Notwendigkeit, angesichts der Reise zur UNO die Wünsche der amerikanischen Juden zu erfüllen. Man kam überein, dies in die Wege zu leiten und gestand zugleich die von den Sozialisten geforderte 12. Novelle zu, allerdings ohne von ihnen auf dem Koalitionswege eine Gegenleistung zu verlangen. Eine partei-offizielle Polemik gegen die jüdische Pressestimme erscheint Withalm nicht empfehlenswert. Eventuell könnte ein einzelner Redner vor einem entsprechenden Forum dazu Stellung nehmen.

.....

GSCHNITZER gibt einen Situationsbericht unmittelbar vor der Abreise zur UNO: Die Regierung hat kein ausführliches Weissbuch verfasst,

das erfahrungsgemäss nicht immer gelesen wird, sondern sich auf einen kurzen Text von 12 Maschinenseiten beschränkt, bei dem immer auf die nötigen Dokumente verwiesen wird. Der Text liegt in deutscher und englischer Sprache vor, eine unzureichende französische und spanische Übersetzung muss erst in den nächsten Tagen angefertigt werden. Es erscheint als sehr wahrscheinlich, dass die Südtirolfrage den Lenkungsausschuss passieren und ohne nennenswerten Einspruch auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Österreich hofft, dass das Problem nicht, wie die Italiener wünschen, einer juristischen, sondern einer der beiden politischen Kommissionen zugewiesen wird. Aus sachlichen Gründen wäre die Überweisung an die sogenannte Zweite Kommission (Spezialkommission) vorzuziehen. Auch sie ist nicht mit einer "zweiten Garnitur" von Delegierten besetzt, sondern bietet Gewähr für eine längere und gründlichere Debatte als die Erste Kommission, in der die weltpolitischen Fragen wahrscheinlich den alleinigen Vorrang besitzen werden. Bei seiner Rede in der Generaldebatte wird der Aussenminister nicht mehr auf das Südtirolproblem eingehen. Die Hauptdiskussion soll in der Kommission stattfinden. Italien wird versuchen, die endgültige Verweisung der Frage an den Internationalen Gerichtshof zu erreichen. Österreich wird demgegenüber darauf bestehen, das Problem als ein politisches anzusehen und die Forderung nach voller Autonomie stellen. Bereits jetzt liegen Andeutungen für verschiedene Vermittlungsaktionen vor. Von griechischer Seite wird wahrscheinlich die Entsendung einer Kommission nach Südtirol vorgeschlagen werden, der dänische Aussenminister Krag will sich für die sofortige Bestellung eines Schiedsgerichtes einsetzen; auch mit einem Vorschlag, ein Gutachten, kein Urteil, des Internationalen Gerichtshofes anzufordern, ist zu rechnen. In der Kommission genügt für einen Beschluss die einfache Mehrheit, in der Generalversammlung sind 2/3 der Stimmen nötig, die Österreich für seine Autonomieforderung wohl kaum erlangen wird.

Die Nominierung des Abgeordneten Prinke zum Delegationsmitglied muss kritisiert werden. Das zuständige Regierungsmitglied ist darüber nicht befragt worden und es erscheint als fraglich, ob der sonst ausserordentlich verdiente Mandatar die nötige Fachkenntnis für diese Mission aufbringt. Allerdings sind auch die Vertreter der beiden anderen Parteien kaum als besonders attraktiv anzusehen. Es ist zu begrüßen,

dass die FPÖ von ihrem ursprünglichen Vorhaben, einen ehemaligen nationalsozialistischen Funktionär aus Tirol als Delegierten zu entsenden, wieder abgekommen ist. Die Südtiroler werden drei Beobachter entsenden. Für zwei von ihnen übernimmt Österreich stillschweigend Reise- und Aufenthaltskosten.

GRUBHOFER äussert sein Befremden darüber, dass nicht der aussenpolitische Referent, Nationalrat Toncic, in die Delegation entsendet wurde. Stellt die grundsätzliche Frage, ob alle Mitglieder der Delegation der Meinung sind, dass einem Vermittlungsvorschlag vor einer Abstimmungsniederlage der Vorrang zu geben wäre.

GSCHNITZER verweist darauf, dass die Delegation angewiesen ist, in allen entscheidenden Fragen die Zustimmung der Bundesregierung einzuholen.

ABENDROTH erkundigt sich nach der zu erwartenden Haltung der einzelnen UNO-Mitglieder, besonders des Ostblocks.

GSCHNITZER erklärt, dass sich die meisten Delegationen noch immer nicht festgelegt haben und nur unverbindliche Auskünfte geben. Auch von den NATO-Mächten ist keinesfalls eine vorbehaltlose Unterstützung Italiens zu erwarten. Über die Haltung des Ostblocks liegt keine verlässliche Information vor. Äussert sein Befremden darüber, dass von amerikanischen Kreisen unter Berufung auf Äusserungen prominenter Österreicher behauptet wird, dass es Österreich mit seinem Südtirolantrag nicht ganz ernst sei und stellt die Notwendigkeit patriotischer Solidarität in dieser Stunde besonders heraus.

WITHALM gibt bekannt, dass auch das Generalsekretariat von der durch den Club erfolgten Nominierung Prinkes als Delegierten nicht vorher informiert wurde und dass er die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Parteivorstandes zur Sprache bringen wird.

KRANZLMAYR fragt an, ob die für den 8.X. geplanten Grosskundgebungen des Bergisel-Bundes, bei denender als nationaler Scharfmacher bekannte Linzer Redakteur Dr.Lassl als einziger Redner auftreten soll, Staatssekretär Gschnitzer bekannt sind.

GSCHNITZER gibt bekannt, dass er sich von seiner Obmannfunktion im Bergisel-Bund beurlauben liess und ihn nur aussenpolitische Rück-

sichten davon abgehalten haben, die Stelle überhaupt niederzulegen. Eine entsprechende Anfrage des Bergisel=Bundes über die Zweckmässigkeit solcher Kundgebungen, die ihn bereits im Juni erreichte, wurde von ihm mit einer Warnung vor den Gefahren unüberlegter Reden beantwortet. Vor allem dürfte die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht unter keinen Umständen in öffentlichen Kundgebungen erhoben werden, da dies die österreichische Position vor der UNO sofort erschüttern müsste.

HORNBOSTEL verweist auf die politische Bedenklichkeit der Person Lassls.

GSCHNITZER bittet Kranzlmayr, auf privatem Interventionswege über die Bezirksleitung Ried des Bergisel=Bundes mässigend auf die Kundgebungen einzuwirken, was dieser zusagt.

GRUBHOFER verweist nochmals auf die psychologische Gefahr, die für Österreich bestünde, wenn es nach Ablehnung eines vernünftigen Vermittlungsvorschlages allein mit der Unterstützung der Ostblockstaaten eine Abstimmungs-niederlage in Kauf nehmen wollte.

GSCHNITZER gibt der Meinung Ausdruck, dass auch die Haltung der Ostblockstaaten nicht einheitlich sein dürfte, da ja Polen in der Minderheitenfrage kaum sehr stark auftreten könnte. Selbstverständlich wird Österreich sich einem Vermittlungsvorschlag nicht von vornherein verschliessen.

WOLF fragt an, ob die Anwesenheit Chruschtschows die Südtirol-diskussion beeinflussen wird.

GSCHNITZER verneint dies, da Chruschtschow wahrscheinlich schon nach der Abrüstungsdebatte abreisen wird und die Behandlung der Südtirolfrage frühestens Mitte Oktober einsetzen kann. Erst nach genauer Bekanntgabe des Verhandlungstermines wird entschieden werden, ob die Delegation ununterbrochen in New York bleibt oder zunächst wieder nach Wien zurückreist.

HORNBOSTEL schliesst die Sitzung mit besten Wünschen für Gschnitzer und gibt bekannt, dass ein neuer Sitzungstermin von dem Gang der

Dinge bei der UNO beeinflusst werden wird. Es ist zu hoffen, dass der Staatssekretär nach seiner Rückkehr den Ausschussmitgliedern einen Bericht gibt.

Ende der Sitzung: 17,30 Uhr

=====

L. Friedrich Wiegend. Abendrotts

Herrn
Bundeskanzler
Ing. Julius Raab

mit der Bitte um gef. Kenntnisnahme!